



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Inhaltsverzeichnis

31.01.2025	123bildung.de: Erstes Ausbildungs- und Berufefestival der Wirtschaftsakademie Nord begeistert rund 400 Jugendliche	3
02.02.2025	stuttgarter-nachrichten.de: Schweizer Atommüll-Endlager rückt an die deutsche Grenze	4
01.02.2025	Landeszeitung für die Lüneburger Heide: Nur vorhandene Castoren bleiben	6

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 123bildung.de

Erstes Ausbildungs- und Berufefestival der Wirtschaftsakademie Nord begeistert rund 400 Jugendliche

31. Januar 2025 15:50 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Greifswald, 29.01.2025 - Rund 400 Schülerinnen und Schüler besuchten das erste Ausbildungs- und Be- ... Ein besonderer Dank gilt den beteiligten Unternehmen und Institutionen, darunter das **Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH**, die Hauskrankenpflege Nordlicht, die Hochschule Stralsund, die Bundespolizei, HAB Hallen- und ...

Autor/-in: Thomas Faltin [https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.klima-nachhaltigkeit-thomas-faltin-fal.9bb7f31f-54ab-4197-9716-a91ddd7218fe.html]

Visits (VpD): 0,890 (in Mio.)¹

Mediengattung: Online News

Weblink: https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.hochradioaktive-abfaelle-schweizer-atommuell-endlager-rueckt-an-die-deutsche-grenze.a86560f6-9cf9-47c3-b5c9-cf7d6541a1ea.html

¹ von PMG gewichtet 10-2024

Hochradioaktive Abfälle

Schweizer Atommüll-Endlager rückt an die deutsche Grenze

Keine drei Kilometer von der deutschen Grenze entfernt will die Schweiz ihren Atommüll in 800 Metern Tiefe einlagern. Größere Proteststürme hat es bisher nicht gegeben. Aber die deutschen Gemeinden haben klare Erwartungen.

Warum denn immer Angst haben vor [Atommüll](#) – Brennstäbe können doch so süß sein. Das will offenbar die Nagra, die Nationale Genossenschaft für die [Endlager](#)suche in der Schweiz, nahelegen, indem sie eine Kunstfigur namens Benny Brennstab ins Leben gerufen hat. Benny erzählt Geschichten, vor Kurzem etwa, wie er zum hunderttausendsten Mal Weihnachten gefeiert hat.

Viele deutsche Bürger entlang des Hochrheins dürften das nicht sonderlich lustig finden. Nicht nur, dass drei der vier aktiven Schweizer Reaktorblöcke nahe der Grenze stehen, darunter die beiden Blöcke in Beznau, die mit rund 55 Jahren zu den dienstältesten AKWs der Welt zählen. Jetzt soll auch noch das Endlager in nicht einmal drei Kilometern Entfernung vom Rhein geplant werden, konkret bei der Gemeinde Stadel im sogenannten Gebiet Nördlich Lägern (Kanton Zürich). Die notwendige Verpackung der Brennelemente soll am Kernkraftwerk Beznau erfolgen, knapp 20 Kilometer Luftlinie von Stadel und knapp zehn Kilometer von Waldshut-Tiengen entfernt.

Bis 2075 produziert die Schweiz rund 83 000 Kubikmeter Atommüll

Im November hat die Nagra offiziell die Genehmigungsunterlagen eingereicht – die Realisierung rückt näher. Oberirdisch wird man irgendwann nur eine kleine Gebäudeanlage sehen, aber in 800 Metern Tiefe im Opalinuston, der eine Million Jahre lang Schutz bieten soll, werden dann Abertausende von Kubikmetern an Atommüll gelagert.

Das Schweizer Bundesamt für Energie rechnet bis 2075 mit rund 9300 Kubikmetern an hochradioaktiven Abfällen und mit rund 73 000 Kubikmetern an schwach- und mittelradioaktiven Abfällen. Der hochradioaktive Teil entspricht laut der Nagra einem Volumen von acht Einfamilienhäusern.

Aber eine große Protestbewegung gibt es auf deutscher Seite bisher nicht. Auch bei einer Veranstaltung in Waldshut im Dezember kamen viele kritische Fragen, aber kein grundsätzlicher Widerstand. Die Stimmung in der Bevölkerung sei gemischt, sagt Jürgen Wiener, der Bürgermeister der angrenzenden und am direktesten betroffenen deutschen Gemeinde Hohentengen (Landkreis Waldshut) mit seinen 4000 Einwohnern. Er selbst betont: „Akzeptanz darf man von uns nicht erwarten. Aber ein Stück weit Toleranz, wenn sie uns die entsprechenden Lösungen und Antworten auf unsere Fragen liefern.“

Fragen gibt es mehr als genug. So irritiert viele, dass Nördlich Lägern bis vor einigen Jahren als recht ungeeignet galt, jetzt soll das plötzlich [der beste Standort](#) in der ganzen Schweiz sein. Die Einschätzung der Nagra sei damals zu vorsichtig gewesen, argumentieren die Planer: „Dank der heute vorliegenden, guten Datenlage konnte die Nagra die bautechnische Eignung neu beurteilen.“ Dort liege der Opalinuston in der richtigen Tiefe, Qualität und Ausdehnung sowie verhältnismäßig ungestört vor. Und er bleibe auch langfristig sehr stabil.

Unverständlich ist für viele Bürger

daneben, dass das deutsche Gebiet um Hohentengen, also nur einen Steinwurf vom Schweizer Tiefenlager entfernt, als Endlager für Deutschland von vorneherein ausgeschlossen worden ist; die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat es gar nicht weiter untersucht. Auf Nachfrage betont BGE-Sprecher Sven Petersen: „Tatsächlich ist der Opalinuston auf der deutschen Seite stark beeinträchtigt von einer großen Störungszone, der Freiburg-Bodensee-Scherzone.“ Das Gebiet gelte deshalb als wenig geeignet. Zudem sei es in einer ersten Bewertung im Jahr 2020 als Erdbebenzone eingeschätzt worden. Die Kriterien hätten sich zwar seither geändert, aber trotzdem komme das Gebiet für ein Endlager nicht in Betracht.

Jetzt geht es um zwei Dinge: Beteiligung und Geld

In den nächsten Jahren wird es nun um eine ausreichende Beteiligung und um ausreichend Geld gehen. Gebündelt werden die deutschen Interessen in der Deutschen Koordinationsstelle Schweizer Tiefenlager in Waldshut-Tiengen. „Wir arbeiten im Landratsamt in zahlreichen Arbeitsgruppen mit, bringen unsere Expertise permanent ein und machen uns stark für die Positionen unserer Bürgerinnen und Bürger“, sagt etwa Martin Kistler, der Landrat von Waldshut. Umweltministerin Thekla Walker (Grüne) betonte, dass die Beteiligung des Landes gewährleistet sei. Die deutschen Gemeinden müssten genau gleich behandelt werden wie die schweizerischen.

Für Walker hat das Thema Sicherheit absolute Priorität: „Kosten dürfen hier keine Rolle spielen.“ Wenn alle Fragen akzeptabel beantwortet seien, werde man den Standort aber am Ende akzeptieren. Auf deutscher Seite hat die sogenannte Deutsche Expertengruppe Schweizer Tiefenlager die Unterlagen vor zwei Jahren geprüft: Sie halte die Begründungen der Nagra zur Wahl von Nördlich Lägern auf Basis der derzeit vorliegenden Informationen für „[nachvollziehbar und plausibel](#)“, schrieb sie. Und weiter: „Der Standort ist nach derzeitigem Kenntnisstand als sicherheitstechnisch am besten geeignet einzustufen.“ Derzeit überprüfe die Expertengruppe ihre Einschätzung nochmals, so Walker.

Daneben wird bereits hart über die Höhe der Entschädigung verhandelt. Offiziell spricht man von einem Ausgleich, der für den Beitrag der Region für die Lösung einer nationalen Aufgabe bezahlt werde. Vor einigen Jahren war die Rede von einer Gesamtsumme von 800 Millionen Franken. Bürgermeister

Jürgen Wiener sagt: „Wir brauchen das Tiefenlager nicht und auch nicht das Geld – wir würden auf beides verzichten, wenn wir könnten.“ Aber natürlich will er das Beste für seine Gemeinde herausholen. Schließlich müssten die Menschen eine Million Jahre lang mit dem Atommüll leben. Und schließlich beeinträchtigt das Lager den Tourismus, senke den Wert der Immobilien und habe womöglich Einfluss auf das Grundwasser.

War die Standortwahl auch politisch motiviert?

Auch Thekla Walker bestätigt, dass derzeit schon „teils kontrovers“ über die Summen diskutiert werde. Die Schweiz sei zwar interessiert daran, Deutschland einzubeziehen. Dem deutschen Wunsch nach einem festen Anteil an den zu verhandelnden Abgeltungen sei aber nicht nachgekommen worden. Jürgen Wiener geht im Moment trotzdem davon aus, dass die Verhandlungen fair und auf Augenhöhe geführt würden.

Der Atomaktivist Axel Mayer aus

Endingen am Kaiserstuhl, der schon vor 50 Jahren bei den Protesten gegen das geplante AKW Wyhl dabei war, sieht Nördlich Lägern dagegen äußerst kritisch. Der Opalinuston sei im internationalen Vergleich sehr dünn, meint er. Vor allem handle es sich um eine politische Wahl: In Grenznähe sei mit dem geringsten Widerstand zu rechnen, vermutet Mayer. Viele Gemeinden und Landkreise hofften zudem auf einen großen Geldsegen als Ausgleich – Axel Mayer geht soweit, von atomarer Käuflichkeit zu sprechen.

Noch wird es aber dauern. Das Bundesamt für Energie prüft jetzt das sogenannte Rahmenbewilligungsgesuch, das die Nagra im November eingereicht hat. Frühestens um 2030 wird die Schweizer Bundesversammlung darüber abstimmen, womöglich kommt es noch zu einem Referendum der Bürger. Ab 2034 könnte gebaut werden, um 2050 begänne dann die Einlagerung von zunächst schwach- und mittelradioaktiven Abfällen.

Abbildung:

In der Waldnische im linken Bildteil könnten die oberirdischen Gebäude des Schweizer Tiefenlagers bei Stadel entstehen.

Fotograf/-in:

Foto: dpa/Michael Buholzer

Wörter:

1024

Seite: 7

Auflage: 18.902 (gedruckt)¹ 20.180 (verkauft)¹24.706 (verbreitet)¹

Ressort: Lokales

Reichweite: 0,067 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ IVW 3/2024² AGMA ma 2024 Tageszeitungen

Nur vorhandene Castoren bleiben

BI sieht einen Teilerfolg in der Frage der Verlängerung des Zwischenlagers

Hitzacker/Gorleben. Im Vorfeld des Genehmigungsverfahrens für die verlängerte Zwischenlagerung am Standort Gorleben hat die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) eine Umweltverträglichkeitsprüfung beantragt. BGZ-Vertreter stellten das Gesamtvorhaben jetzt im Verdo in Hitzacker der Öffentlichkeit vor. Dr. Matthias Heck (Bereichsleiter Genehmigungen) erläuterte, dass die BGZ 2026 eine Genehmigung für die Zwischenlagerung am Standort Gorleben über den bisher genehmigten Zeit-

raum hinaus beim BASE beantragen werde. „Zudem werden wir den Antrag auf die bereits vorhandenen 113 Behälter und deren Inventar beschränken, da eine weitere Einlagerung hochradioaktiver Abfälle nicht vorgesehen ist“, betonte Heck.

Der Hintergrund: Die Genehmigung für das Brennelemente-Zwischenlager Gorleben läuft im Jahr 2034 aus. Eine verlängerte Zwischenlagerung ist allerdings notwendig, da erst Mitte des Jahrhunderts ein Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle benannt werden soll. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg verbuchte gerade

die Beschränkung des Antrags auf die 113 vorhandenen Behälter als kleinen Erfolg. „Das ist eine gute Nachricht, dafür haben wir gekämpft, denn wir hatten weitere mögliche Castortransporte vor Augen, zumal das Zwischenlager in Brunsbüttel seit 2015 ohne Genehmigung betrieben wird und aktuell ja auch 152 Transporte aus Jülich ins Zwischenlager Ahaus angekündigt sind“, kommentiert BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Der Grundsatz, dass es nur noch einmal zu Transporten, nämlich zum spekulativen Endlagerstandort geben soll, wackelt.“ lz

Wörter: 210

© 2025 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG